

Antrag 2023/I/Bez/1

Kreis Bergedorf

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Bezirklichen Integrationsbeirat in Bergedorf einrichten

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
 - 2 1. Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die gesetzliche
3 Grundlage zu schaffen, in allen Hamburger Bezirken analog zu den Seniorenbeiräten In-
4 tegrationsbeiräte einzurichten und die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen be-
5 reitzustellen.
 - 6 2. Die Bezirksfraktion wird aufgefordert, sich für die Einrichtung eines bezirklichen Integra-
7 tionsbeirates einzusetzen. Dieser soll u.a. ein bezirkliches Integrationskonzept erarbei-
8 ten, das ein Bergedorfer Leitbild beinhaltet, die interkulturelle Öffnung im Bezirk forciert
9 und Zielwerte für bezirklich relevante Themenbereiche formuliert:
 - 10 a) Das bezirkliche Integrationskonzept soll unter breiter Beteiligung konzipiert werden. Zur Er-
11 arbeitung eines Integrationskonzepts und zur Überprüfung der Zielwerte soll auch ein bezirk-
12 licher Integrationsbeirat eingesetzt werden, der das Bezirksamt und die Bezirkspolitik in inte-
13 grationspolitischen Fragestellungen berät.
 - 14 b) Dabei ist sicherzustellen, dass Vertreter*innen der Bergedorfer Zivilgesellschaft, insbeson-
15 dere auch Migrantische Selbstorganisationen (MSO) und Perspektiven von ehemals Migrier-
16 ten/Geflüchteten unterschiedlicher Herkunftsländer, an der Entwicklung und Begleitung be-
17 rücksichtigt werden. Die Teilnahme ist möglichst niedrigschwellig zu gestalten, z. B. durch Kin-
18 derbetreuung, adäquate Aufwandsentschädigung etc.
 - 19 c) Der bezirkliche Integrationsbeirat ist analog zum Seniorenbeirat mit dem Landes-
20 Integrationsbeirat zu verzahnen.

21 Begründung

22 Ende 2021 haben über 710 500 Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg gelebt. Be-
23 zogen auf die Gesamtbevölkerung sind das 37,4 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner Das
24 geht aus einer Sonderauswertung des Melderegisters hervor, die das Statistik-amt Nord regel-
25 mäßig durchführt. Bezogen auf den Bezirk Bergedorf ergab die Auswertung, dass hier 51.865
26 Menschen mit Migrationsgeschichte leben, das entspricht einem Bevölkerungsanteil im Bezirk
27 von 39,7 %, der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund ist im Bezirk bei 55,3%.

28 Teilhabe als zentrales Anliegen der Sozialdemokratie

29 Diese Vielfalt der Menschen ist eine Bereicherung und bietet enorme Chancen für die Freie
30 und Hansestadt Hamburg. Die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit

31 und ohne Migrationshintergrund in allen Bereichen des sozialen, ökonomischen, kulturellen,
32 politischen und gesellschaftlichen Lebens ist das zentrale Anliegen der Sozialdemokratie.

33 Es ist die Aufgabe von Staat und Politik, hierfür eine gute Grundlage zu schaffen. Das primä-
34 re Ziel ist stets, die Interessen der Menschen mit Migrationsgeschichte in institutionalisierter
35 Form anzuhören und ihnen eine Partizipationsmöglichkeit zu bieten.

36 Hierfür gibt es bspw. lokale und überregionale Integrationsräte, Integrationsbeiräte oder gar
37 Integrationsgipfel auf Bundesebene und unter weiteren Namen schon seit mehr als 40 Jahren.
38 Dabei hat sich die Zusammensetzung der Akteur*innen genauso rapide verändert wie die The-
39 men und Handlungsfelder. War es Integrationsräten und Integrationsbeiräten anfänglich nur
40 gestattet, Themen zu bearbeiten, die Ausländer*innen betrafen, werden gegenwärtig wichti-
41 ge gesellschaftliche Themen, wie bspw. Teilhabe, Partizipation und Antidiskriminierung behan-
42 delt.

43 Insofern kann eine nachhaltige Integrationspolitik nur von der Stärkung der Teilhabe aller Men-
44 schen (mit und ohne) Migrationsgeschichte ausgehen - so stellt dieses Verständnis auch die
45 wichtige Grundlage für unser demokratisches Gemeinwesen dar.

46 Das Hamburger Integrationskonzept

47 Dieser Prämisse folgend ist auch im Hamburger Integrationskonzept eindrucksvoll dargelegt,
48 welche Instrumente und Maßnahmen der Hamburger Senat entwickelt hat: Exemplarisch zu
49 erwähnen sind die Handlungsfelder „Einbürgerung und politische Mitgestaltung“ und „Demo-
50 kratie und Teilhabe stärken“. Erstmalig und wirkungsvoll hat sich auch erwiesen, konkrete Maß-
51 nahmen mit messbaren Zielwerten zu erarbeiten und diese regelmäßig zu monitoren. Diesem
52 Beispiel folgend haben auch Bezirke Anläufe unternommen, um bezirkliche Strategien und Ak-
53 tionsfeldern zu entwickeln (bspw. die Altonaer Deklaration und Diversitätsstrategie).

54 Der Landes-Integrationsbeirat und die Verzahnung mit den Bezirken

55 Ein weiterer Baustein des Hamburger Wegs zu einer teilhabeorientierten Integrationspolitik
56 ist der Hamburger Integrationsbeirat und die Verankerung in den Bezirken. In der 22. Legisla-
57 turperiode wurde der Hamburger Integrationsbeirat erneut gestärkt, damit dieser unabhängi-
58 ger und öffentlich wahrnehmbar agieren kann (Drucksache der Hamburgischen Bürgerschaft:
59 22/1120). Eine Zielvorgabe der Hamburgischen Bürgerschaft war auch die konkrete Verzahnung
60 des Landes-Integrationsbeirats mit den bezirklichen Integrationsräten. So sollten die Bezirks-
61 versammlungen bereits unter Beteiligung der bezirklichen Integrationsbeiräte zwei Personen
62 für den Landes-Integrationsbeirat entsenden.

63 Integrationsbeiräte in den Bezirken

64 Aus der (Drucksache der Hamburgischen Bürgerschaft 22/9732) wird noch einmal deutlich, dass
65 bspw. auf Beschluss der Bezirksversammlung Wandsbek das Bezirksamt im Januar 2010 als ers-
66 ter Bezirk einen eigenen Integrationsbeirat eingerichtet hat. Im Bezirk Harburg gibt es seit 2015

67 einen Integrationsrat, der für den gesamten Bezirk arbeitet. Interessant ist hier, dass angege-
68 ben wird, dass ein bezirklicher Integrationsbeirat im Bezirk Bergedorf in Planung sei.

69 Schon vor zwölf Jahren hat sich die SPD Bergedorf im Rahmen des zehnten Inländerstamm-
70 tischen mit der Partizipationsform des Integrationsbeirates beschäftigt und dabei die Erkenntnis
71 getroffen:

72 „Die Bergedorfer SPD wird nun als Konsequenz aus dieser Veranstaltung versuchen, deren Er-
73 gebnisse in den parlamentarischen Prozess in der Bezirksversammlung Bergedorf einzubrin-
74 gen und umzusetzen. Denn Integrationspolitik ernst zu nehmen, das bedeutet auch, auf die
75 Migranten zu hören.“

76 Durch die komplexen und facettenreichen Frage- und Problemstellungen von Bergedorfer*in-
77 nen mit Migrationsgeschichte stehen Bezirkspolitik und das Bezirksamt vor großen Herausfor-
78 derungen, die durch einen bezirklichen Integrationsrat auf die Tagesordnung gebracht werden
79 können. Das Gremium kann Brücken zwischen der hiesigen und der neu zugewanderten Be-
80 völkerung bauen und den Dialog optimieren und intensivieren.

81 In Anbetracht der zitierten Drucksachen ist die Einsetzung unabdingbar, zumal sich eine gute
82 Gelegenheit und der Nährboden dafür gegeben erscheint. Bereits in den vergangenen Jahren
83 gab es einen zivilgesellschaftlich selbstorganisierten und -getragenen Integrationsrat, der aus
84 Multiplikatoren und Vertretern von Trägern (IB, Völkerverständigung, Bille-Bergedorf Stiftung
85 und weiteren Akteur*innen), der allerdings nicht institutionell verankert war. Diesen Strang
86 gilt es nun wirkungsvoll aufzugreifen und die bisherigen Bemühungen weiterzuentwickeln.
87 Die SPD-Bezirksfraktion hat hierfür bereits gute Vorstöße geübt, die sich bspw. in dem Aus-
88 kunftersuchen über die Integrationsinstrumente in Bergedorf zum Ausdruck kommen (vgl.
89 Drucksache-Nr. 21-0952.01 der Bezirksversammlung Bergedorf).